

## SPD stellt sich hinter Schulen freier Träger Bildungsvielfalt ermöglicht eine gute Bildung für alle Kinder.

Templin (uk).

"Ebenso wie Schulen in Trägerschaft von Städten, Gemeinden und Landkreisen leisten freie Schulen einen wichtigen Beitrag für die zukunftsfähige Entwicklung der Bildung für unsere Kinder. Deshalb sollen sie entsprechend den grundgesetzlichen Normen angemessen finanziert werden", erklärt Wilfried Steinert, Mitglied der Templiner SPD und Bildungsexperte. Er fordert, dass die pädagogischen und finanziellen Möglichkeiten der freien Schulen nicht eingeschränkt werden. Vielmehr müsse die Eigenverantwortlichkeit der staatlichen Schulen gestärkt und die regionalen Kompetenzen der staatlichen Schulträger erweitert werden. "Nur so kann die Entwicklung einer Bildungsvielfalt gefördert werden, die eine gute Bildung für alle Kinder ermöglicht", fasst der ehemalige Schulleiter und Bundeselternratsvorsitzende zusammen.

Einen entsprechenden bildungspolitischen Antrag brachten die Sozialdemokraten nun auf dem Unterbezirksparteitag der SPD Uckermark in Angermünde ein. Darin wird die Landtagsfraktion aufgefordert, die Möglichkeiten einer regionalen Bildungsplanung unter Einbeziehung der staatlichen und freien Schulen zu prüfen, um auch in den ländlichen Regionen eine wohnortnahe, qualifizierte Bildung für alle Kinder sicherzustellen. "Damit könnte zum Beispiel entsprechend dem Kita-Bedarfsplan das Miteinander von staatlichen und freien Schulen verbindlich geplant werden", betont Steinert.

Neben der kontinuierlichen Erhöhung der Selbstständigkeit für die staatlichen Schulen wurde eine deutliche Stärkung der regionalen Zuständigkeiten für die strukturelle Gestaltung aller Schulen gefordert. Damit sollen die staatlichen Schulträger im Rahmen einer regionalen Bildungsplanung selbstständig über Mindestschülerzahlen, Klassenfrequenzen, die Tagesstruktur oder Personal entscheiden können. "Ebenso fordern wir die Entwicklung eines angemessenen Finanzierungsschlüssels für private Schulen. Dieser soll den grundgesetzlichen Normen entsprechen und gleichzeitig den Bildungsauftrag als staatliche Aufgabe sichern", erklärt Steinert.

Um die Bildungsentwicklung angemessen steuern zu können und sie auch für den Bürger transparent zu machen, wurde eine regelmäßige regionale Bildungsberichterstattung gefordert. Die Templiner unterstützten den Antrag, mit dem die Landesregierung und Landtagsfraktion aufgefordert wurden, die "Inklusive Bildung" kontinuierlich aufzubauen und dafür die notwendigen investiven und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.